

Nichts ist unmöglich

Voraussetzungen und Möglichkeiten von sozialem Widerstand gegen die Bertelsmannisierung

(März 2007)

0 Vorrede

1. Veränderung der Arbeitsorganisation: Ökonomisierung & Selbst Aktivierung
2. Bertelsmannisierung des Schulwesens
3. Die Logik der leeren Kassen
4. Qualitätsmanagement für Standardisierung, entgrenzte Arbeit und SelbstAktivierung
5. Die Bertelsmannisierung der Hochschulen
 - 5.1. Konkurrenz
 - 5.2. Studierende als KundInnen
6. Exkurs Gesundheitswesen
7. Widerstandspotentiale:

0. Vorrede

Der nachfolgende Text ist ein Zwischenprodukt, die Zusammenfassung der wichtigsten Diskussionen, also kein durchgearbeiteter stringenter Text:

In der Bremen-Hamburg Gruppe „Du bist Bertelsmann“ haben wir über den Zusammenhang der Ökonomisierung von Bildung und den Sozialtechniken der „Selbst Aktivierung“ der Wissensarbeiterinnen und -arbeiter in Schulen und Universitäten diskutiert. Klar geworden ist, dass die Reorganisation von Bildungsinstitutionen ein zentrales Ziel der Politik der Bertelsmann Stiftung darstellt. Schul- und Hochschulpolitik gehören zu den Schwerpunktfeldern der Bertelsmann-Stiftung. Dabei zielen sämtliche Maßnahmen auf Produktivitäts- und Effizienzsteigerung und zwar indem zunächst die Durchsetzung betriebswirtschaftlicher Logiken in der Binnenstruktur der Bildungsinstitutionen und ein marktorientiertes Selbstverständnis konsequent vorangetrieben werden. Dieses Vorhaben beschränkt sich nicht auf die Bildungsinstitutionen, sondern betrifft weitere gesellschaftliche Bereiche, wie das Gesundheitswesen, die sozialen Sicherungssysteme und Kommunalverwaltungen.

Allerdings kommt dem Bildungsbereich in diesem Prozess eine Schlüsselrolle zu. Schule und Hochschule sind die Orte, an denen Wissensarbeiterinnen und -arbeiter ausgebildet werden und ihr professionsbezogenes Selbstverständnis entwickeln. Dabei wird ihr Verständnis von Arbeit und ihre Vorstellung von Wissen sozialisiert und ihr Selbstbild in der Rolle als Arbeitende. Außerdem sind Universitäten neben anderen Forschungsinstituten die Produzentinnen von anerkannten Wissensbeständen. Wissensarbeit wird nach Hermann u.a. wie folgt definiert: "Wissensarbeit leistet, wer Wissen erwirbt, oder bestehende Wissensinhalte so umwandelt und kombiniert, dass neue Einsichten und Erkenntnisse entstehen." Wissensarbeit umfasst also die Arbeit von Studierenden, WissenschaftlerInnen, Lehrerinnen, Schülerinnen, Medienschaffenden, InformatikerInnen, Beschäftigten in Design-Berufen, usw. usw. Wissensarbeit findet in den verschiedensten Bereichen, Branchen und Arbeitsformen statt. Die Ähnlichkeit der Arbeitsformen resultiert aus der grundlegenden Umwälzung durch die flächendeckende Einführung von Arbeitsplatz-Computern und dem Zugang zu Computernetzwerken.

Schulen, Kindergärten, Hoch- und allgemeinbildende Schulen werden nicht allein ökonomisiert, damit private global player zukünftig aus der Ware Bildung lukrative Gewinne ziehen können auch die Beschäftigten in der Bildung sollen aktiviert werden, sie sollen ihr Tun und ihre Erfolge und Misserfolge als von ihnen selbst verantwortet erleben. Die Ausweitung der Arbeitszeit, Arbeitsverdichtung und -prekarisierung, Lohnsenkungen und Stellenabbau sind politische Maßnahmen, die diesen Prozess unterstützen und teilweise erst ermöglichen. Auch die Logik der „leeren Kassen“ trägt zu dieser Veränderung der Arbeitsbedingungen bei. Das gleiche gilt für den Schüler und die Studentin, die durch die Ausbildung in den modernen Lernfabriken zu WissensarbeiterInnen für ihre spätere Arbeit vorbereitet werden.

Die von Bertelsmann vorangetriebenen gesellschaftlichen Reformen der Ökonomisierung zielen hauptsächlich auf die Neugestaltung von Arbeitsverhältnissen in Beruf, Studium und Schule ab im Sinne eines Angriffes von oben.

Für uns war und ist die Analyse der neuen Sozialtechniken im Neoliberalismus ein wichtiges Anliegen. Wir haben uns die Herausbildung der Sozialtechniken im Neoliberalismus in Abgrenzung zu tayloristischen und fordistischen Methoden näher angeschaut, also die zukünftige Funktionsweise der Formen der Auspressung von Mehrarbeit studiert. Die Beispiele, die wir im folgenden Text darstellen sind Schule, Hochschule und Kliniken. Hier sind wir auf eine differenzierte Palette neuer Motivations- und Einbindungstechniken in vielen Bereichen von Wissensarbeit gestoßen, die nicht unwesentlich davon profitiert hat, dass Sozialtechnokraten auf das Erfahrungswissen von Linken zurückgreifen konnten. Die Einflussnahme von Bertelsmann wäre ohne die Arbeit der Ex-Linken undenkbar. So ist unter anderem zu erklären, dass Autonomieversprechen, Identifikationsangebote und Gestaltungsmöglichkeiten zentrale Momente der Bertelsmannschen Umwälzungsstrategien darstellen.

1. Veränderung der Arbeitsorganisation: Ökonomisierung & Selbst Aktivierung

Viele der von Bertelsmann vorangetriebenen Umbaumaßnahmen im Bildungs- und Sozialbereich zielen in dieselbe Richtung: die Ökonomisierung gesellschaftlicher Einrichtungen und neue Formen der Arbeitsorganisation.

Durch die Reformen im Bildungs- und Sozialbereich werden Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, Kliniken, oder die Welt der sogenannten "wissenschaftlichen Freiheit"

stark verändert: Sie werden rationalisiert und nach dem Muster des kapitalistischen Betriebes umgestaltet. Bildung reduziert sich auf ein warenförmiges Wissen. Damit wird der Wissenserwerb zum Kauf einer Ware – gerade auch dort, wo Wissen bisher als Allgemeingut kostenlos zur Verfügung gestellt wurde.

Die Reformen beginnen mit der Ökonomisierung, d.h die Rationalisierung und Verbetriebswirtschaftlichung¹ der Arbeits- und Bildungskultur, und anschließend werden selektiv profitable Bereiche öffentlicher Einrichtungen wie Schulen, Kliniken und Universitäten privatisiert. Aber Transformationen finden auch dort statt, wo eine Privatisierung gar nicht geplant oder nicht möglich ist. Es geht nicht immer um einen direkten, wirtschaftlichen Nutzen. Vielmehr wird daran gearbeitet, ein konsistentes Menschen- und Gesellschaftsbild durchzusetzen, um das

Arbeitskraft-Unternehmertum² und die Selbstaktivierung der Beschäftigten zu befördern.

Arbeitskraft-Unternehmertum bedeutet, dass alle Menschen, die auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, sich als UnternehmerInnen ihrer eigenen Arbeitskraft verstehen sollen. Dabei sind sie aufgefordert, den Wert ihrer Arbeitskraft selbstverantwortlich zu optimieren, um so bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben, durch Ausbildung, Fortbildung und Qualifizierung und durch lebenslanges Lernen.

Erwerbstätige, und solche, die es werden wollen oder müssen nehmen dabei verschiedene Rollen eines Markt-Verhältnisses gleichzeitig an: als LohnarbeiterInnen sind sie ihrem Arbeitgeber unterstellt. Als VerkäuferInnen ihrer Arbeitskraft treten sie auf dem Arbeitsmarkt auf. Und als KundInnen erwerben sie Ausbildungen, Fortbildungen und Qualifizierungen, um ihren Marktwert zu steigern. Je mehr ehemals kostenlose Bildungsangebote in marktfähige Waren umgewandelt werden, umso mehr werden diejenigen, die sich bilden wollen, zu zahlenden KundInnen. ArbeitskraftunternehmerInnen zahlen für solche Bildung. Sie investieren in das, was sie zu verkaufen haben, nämlich in ihre Arbeitskraft. So nehmen sie zu sich selbst ein unternehmerisches Verhältnis ein.

Selbst aktivierende Arbeit bedeutet eine neue Form der Steuerung von abhängiger Erwerbsarbeit, in der Kreativität, Eigeninitiative und Formen der Selbstorganisation in einem ehemals vorstrukturierten Arbeitsumfeld freigesetzt werden. Hierdurch entstehen zwar für die Erwerbstätigen neue Möglichkeiten der Selbstbestimmung in ihrem Arbeitsalltag, gleichzeitig aber führt eine Normierung der Rahmenbedingungen durch benchmarking, Ranking- und Evaluationskriterien und Kennziffern zu einem erhöhten Anpassungs- und Leistungsdruck gegenüber den Zielen des Arbeitgebers. Die Arbeitenden sollen sich also nicht mehr nur den Inhalten ihrer Arbeit identifizieren, sondern auch mit den wirtschaftlichen Zielen ihres Arbeitgebers. D.h. ÄrztInnen sollen sich nicht mehr nur Linie mit der Heilung der Kranken identifizieren, sondern mit der Ertragslage ihrer Klinik, LehrerInnen nicht mehr nur mit der Bildung der SchülerInnen, sondern auch mit der Fremdbewertung ihrer Schule in Wettbewerben und Rankings.

Das von den Effizienzbefürwortern erwünschte Ergebnis aus der selbst aktivierten Arbeit ist die gesteigerte Arbeitsproduktivität. Die Beschäftigten bezahlen ihre steigende

¹ Vgl. Klausenitzer, <http://www.labournet.de/diskussion/arbeitsalltag/bildung/klausen1.html>

² Voß, G. Günter Dezember 2003: Subjektivierung von Arbeit. Neue Anforderungen an Berufsorientierung und Berufsberatung Oder: Welchen Beruf hat der Arbeitskraftunternehmer? <http://www.anti-bertelsmann.de/sozialtechnik/AKUBeruf-Subj.pdf>

Selbstbestimmung mit einer höheren Arbeitsbelastung, durch eine Entgrenzung der Arbeit. Entgrenzte Arbeit beschreibt die fortschreitende Auflösung gewohnter Arbeitsstrukturen, sowohl in der Arbeitszeit als auch in der Weise, wie Arbeit organisiert ist, welche Arbeitsschritte üblich sind und woran sich das Arbeitsergebnis misst. In der Folge ergibt sich ein zwiespältiger Freiheitsgewinn, weil sich die Beschäftigten ihre Strukturen selber schaffen können aber auch müssen. Die Spielräume sind wie gesagt eng, vorgegeben und gern von außen her standardisiert, orientiert an den „Unternehmenszielen“.

Der Standardisierungsgrad und Gegenstand der Standardisierung unterscheidet sich in den verschiedenen Arbeitsbereichen allerdings gewaltig. Während sich Schulen im Zuge der Evaluierung allgemeinen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zu unterwerfen haben, so werden an den Universitäten einzelne Kursangebote inhaltlich normiert und in Workloads der Studierenden, d.h. Zeitaufwand als Studienleistung verrechnet. Im Gesundheitswesen definiert die Normierung im Minutentakt jede einzelne Leistung aus Therapie und Pflege.

.Zu der oben beschriebenen indirekten Kostenersparnis durch eine höhere Produktivität des Arbeitskraftunternehmers und der selbst aktivierten Beschäftigten, gesellen sich arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Lohnsenkung: Ausweitung der Arbeitszeit, Arbeitsverdichtung und -prekarisierung, Lohnsenkungen und Stellenabbau.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Reformen sowohl versuchen zu rationalisieren, durch sinkende Personalkosten und die Einführung neuer Methoden der Disziplinierung und Kontrolle, als auch die öffentlichen und garantierten Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu kommerzialisieren und in Waren umzuwandeln - ein neues Menschen- und Gesellschaftsbild inklusive.

Anders ausgedrückt: Die heutigen Reformen in der Bildungs- und Sozialpolitik zielen auf eine gründlichere Beherrschung der Erwerbstätigen, sie sind Klassenkampf von oben. Die Beispiele aus der Schule, Hochschule und Kliniken beschreiben exemplarisch deren konkrete Situationen und die tragende Rolle, die die Bertelsmann-Stiftung dort übernommen hat.

So, nun sind noch zu beschreiben:

Wie stellt sich der vorgegebenen Rahmen dar? Es müssten jetzt die Steuerungsinstrumente, wie leere Kassen, Qualitätsmanagement und Effizienzpolemiken, Evaluierung, Akkreditierung, Standardisierung, Ranking, Arbeitslosigkeit beschrieben werden. Das sollten wohl am besten die beiden Abschnitte: Logik der leeren Kassen und Qualitätsmanagement beinhalten.

2. Bertelsmannisierung des Schulwesens

Bereits 1995 hat die Bildungskommission Nordrhein-Westfalen nach dreijähriger Diskussion die Programmschrift „Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft“ veröffentlicht. Dieses Buch ist ein Schlüsseldokument und markiert den Übergang zur neoliberalen Schulpolitik in Deutschland. Die Autoren kommen aus den Reihen der renommiertesten Professoren und Experten. Sie haben in dieser Studie ihr Fachwissen mit den ökonomischen Strategien der Konzerne zusammengeführt und den Masterplan geschrieben.

Gemeinsam saßen am Tisch: Politiker, Kultusbürokratie, die Arbeitsverwaltung und vor allem Vorstandsmitglieder der global players aus Banken, Computer- und Medienindustrie. Eine

der wichtigsten Personen war der Milliardär Reinhard Mohn, Haupteigentümer von Bertelsmann. Er dürfte wesentlich dafür gesorgt haben, dass die Ergebnisse der Studie mit den Zielen der Medienindustrie und anderen Dienstleistungsunternehmen einhergehen. Ziele, wie sie auch die Entwürfe von GATS, die weltweiten General Agreements on Trade and Services, und der europäischen Bolkestein-Richtlinie beinhalten. Bildung soll zur Ware werden, hier und überall für den Verkauf auf dem globalen Markt.

Bedeutsame Kerngedanken des Buches sind:

1. Abkehr vom Top-Down-Modell im Verhältnis zwischen übergeordneter Schulverwaltung und Einzelschule, Entwicklung von „selbstständiger Schule“ „eigenverantwortlicher Schule“ etc....die Gestaltungsspielräume vor Ort sollen sich nicht nur auf den pädagogischen Bereich beziehen, sondern auch die Bereiche Personal, Finanzen und Schule Organisation betreffen.... Unterschiedliche Schulprogramme entwickeln usw. (155)

2. Evaluation, Selbstevaluation, systematische Einführung von Teamwork und Selbstorganisation auf der Ebene der Einzelschule: „Es kommt nicht so sehr auf die Instrumente der Evaluation an, sondern darauf, Lehrerinnen und Lehrer und Schulen in einen Prozess des Thematisierens von Leistungsstandards und Unterrichtsformen und des Erprobens von Weiterentwicklungshandlungen zu verwickeln. Evaluationsdaten können Futter und Stimulans für solche Prozesse sein, aber auch Barriere. Daher ist die längerfristige strategische Perspektive so wichtig: Auf welche Weise werden die von uns erhobenen Evaluationsdaten zu einer Weiterentwicklung von Lehrerinnen und Lehrern, der Schule und des Schulsystems beitragen?“³

3. Feed-Back-Kultur (97) „Dazu gehört die Offenheit für eine Beurteilung durch Mitschülerinnen und Mitschüler, Lehrerinnen und Lehrer oder im Bereich der Lehrenden selbst durch Kolleginnen und Kollegen und die Schulleitung.“

4. Qualitätsmanagement; Vereinheitlichung und Standardisierung der Anforderungen, Abschlussprüfungen, Einführung eines lokalen, regionalen und internationalen Berichtswesens, das einen Vergleich an Hand der erhobenen Daten möglich macht.

5. Einbeziehung der Region, Netzwerk mit anderen gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen schaffen, Öffnung der Schule etc. Dazu gehört dann die Vernetzung im Rahmen von public-private partnerships, mit Geldgebern und Sponsoren einerseits und mit privaten Think-Tanks andererseits, die diverse Dienstleistungen in Rechnung stellen können.

Auf der Personalversammlung am 1. Juni 2006 in Bremen protestierten 1800 Lehrerinnen und Lehrer gegen Mehrarbeit und Mehrbelastung an den Schulen Bremens. 600 von ihnen gaben Überlastungsanzeigen an den Bildungssenator ab.⁴ Sie seien nicht mehr in der Lage, den gesamten Umfang ihrer dienstlichen Verpflichtungen wahrzunehmen. Sie möchten Antwort darauf, welche der Aufgaben sie streichen sollen. Auf einem Bogen des

³ Herbert Altrichter; Peter Posch (1998): Wie können Schulen Unterricht und fachliche Schülerleistungen evaluieren? In: Nordrhein-Westfalen (Hg.): Evaluation in der Schulpraxis. Beiträge zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung von Schule; Dokumentation einer landesweiten Fachtagung im Rahmen des Dialogs über die Denkschrift der Bildungskommission NRW "Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft" ; vom 18. bis 19. September 1997 im Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, Soest. Frechen. Ritterbach (Schule in NRW; Materialien, S. 31–50.

⁴ http://www.pr-schulen-bremen.de/aktuelles/PV_Juni_2006/Presse_PV.pdf

Personalrats war eine Liste der Arbeiten, die zur Überlastung führen, aufgeführt; Z.B. Mitarbeit am Qualitätsmanagement der Schule, Evaluations- und Feedback-Verpflichtungen, zusätzlicher Aufwand für Vergleichsarbeiten und neue Abschlussprüfungen, Mitarbeit an neuen Bildungsplänen, Zwang zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen, Reduktion von Förderstunden für Migrantenkinder, Vertretungsunterricht, Abschaffung von Stundenentlastungen für Entwicklungsaufgaben, sich häufende Zusatzkonferenzen wegen diverser Projekte usw.

Davor hatten die Lehrerinnen Ende 2005 den Senator aufgefordert, 4% mehr Lehrerstunden wegen der neuen Aufgaben in den Schulen bereitzustellen. Die Antwort war: es gebe keine Mehrbelastung; zweitens habe man kein Geld und drittens sei der Antrag unzulässig. In Bremen waren in den letzten 10 Jahren 800 Lehrerstellen gestrichen worden (Reduzierung von 5100 auf 4300) bei gleich bleibender bzw. zunehmender Schülerinnenzahl. Aber nicht nur wegen steigender Schülerinnenzahl gärt es: was aufstößt sind die nebenher eingeführten und jetzt erstmalig abgeforderten Maßnahmen im Rahmen des Qualitätsmanagements. Also Schulprogramm entwickeln, evaluieren, jede Menge Daten von Vergleichsarbeiten abliefern, Abschlussprüfungen auch in den Haupt- und Realschulen und gegenseitiges Feed-Back.

Seit 2002, als im Zuge der Ergebnisse der PISA-Studie ein „Runder Tisch Bildung“ in Bremen einberufen wurde, prasseln Verordnungen und neue Gesetze auf die Lehrerschaft ein. Die erklärten Ziele sind: Verbesserung des Unterrichts, eine Verwaltungsmodernisierung und die Einführung von Qualitätsmanagement an allen Schulen. Qualität und Effizienz, so schallt es pausenlos auf die Schulen ein.

Wenn sich der progressiv klingende Nebel der Bertelsmann-Schwaden etwas gelichtet hat, erweisen sich mehrere Stränge neoliberaler Schulstrategien als zusammengehörig und zeigen auch für den Bildungsbereich bedeutsame übergreifende strategische Muster, die vor Ort aber kaum im Zusammenhang thematisiert werden.

3. Die Logik der leeren Kassen

Wenn man irgendetwas verändern will, sagt man am besten erst einmal: „wir haben kein Geld mehr.“ Das funktioniert oft, ist aber Unfug, denn bei öffentlichen Mitteln geht es schlicht um gesellschaftliche Verteilungsfragen.

Neoliberale Politik reduziert grundsätzlich die Staatsausgaben in den ehemals keynesianisch verfassten Staaten des Nordens und bringt die öffentliche Hand in die Abhängigkeit von kreditgebenden Großbanken. Firmensteuern werden zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit des privaten Kapitals, also für die globale Beweglichkeit des Kapitals gesenkt und Gewinnanreize für Investoren erhöht. Allgemein bekannt sind die daraus resultierenden Sozialangriffe zur beschleunigten Rotation auf dem Arbeitsmarkt, zur globalen Mobilisierung von Arbeitskraft, Lehrstellenmangel, Prekarisierung und Hartz IV Maßnahmen. Aus der Sicht des neoliberalen Kapitals sind nicht nur Sozialleistungen, sondern auch Bildungsangebote mit Gegenleistungen ihrer EmpfängerInnen zu verbinden. Zu diesem Zweck wurde unter anderem ein verändertes Selbstverständnis von Erwerbslosen und Studierenden als „Kunden“ des Staates forciert. „Kunde“ sind in der offiziellen Sprachregelung der Agentur für Arbeit alle, die ihr ausgeliefert sind, analog soll Studieren als die Inanspruchnahme einer Bildungsdienstleistung verstanden werden. Es werden konsequenter Weise von Erwerbslosen und Studierenden Gegenleistungen wie Arbeit oder Gebühren erzwungen und

Produktivität bzw. Effizienz eingefordert. Dies hat das handfeste Ziel, zunächst Kosten des Staates zu senken – und zwar indirekt durch Ausschluss und Selektion – und anschließend dort Privatisierungen durchzusetzen, wo Profite möglich sind.

Der über den Staat umverteilte Massenkonsum an Bildung soll reduziert, die Selektionsverfahren rationalisiert, an die neue Schichtung in der Gesellschaft angepasst und verbilligt werden. Die Erschließung eines profitablen Bildungsmarktes kombiniert sich mit diesen gesamtgesellschaftlichen Zielen. Populäre Erwartungen an den Aufstieg über Bildung werden relativiert, gleichzeitig werden erkämpfte Standards des Arbeitnehmerschutzes aufgehoben und eine neue Fleißigkeit für das Kapital erzwungen. Die zurzeit medial inszenierten und realen Abstiegsängste der Mittelschicht sind hierbei Mittel zum Zweck. Wer Angst hat, lässt sich mehr gefallen und ist eher bereit zu konkurrieren statt sich zu solidarisieren.

Öffentliche Bildungseinrichtungen werden, über Geldmangel vermittelt, in einem kombinierten Schritt in ihren inneren Strukturen reorganisiert und in neue halböffentlich-private Netzwerke (public-private-partnerships) eingebunden, um sie für die Übernahme in den Bereich privater Kapitalverwertung „krankzuschießen“ oder dem Bereich der staatlichen Armenkontrolle zuzuschieben.

4. Qualitätsmanagement für Standardisierung, entgrenzte Arbeit und SelbstAktivierung

Qualitätsmanagement, Evaluation, Zwang zur Standardisierung von Lernmodulen und Subjektivierung der Arbeitsorganisation (nicht der Arbeit, die ist in vielen Bereichen, z.B. Schulen und Krankenhäusern bereits subjektiviert) sind ein zusammengehöriges Rationalisierungspaket. Das Qualitätsmanagement ist eingebettet in ein Regime von Kennziffern, das die Ressourcen zentral vorgibt und an konkurrierende Bereiche ungleich verteilt. Der Anpassungsdruck ist folglich enorm. Das heißt, Subjektivierung vor Ort ist dadurch begrenzt und schizophren-ambivalent, dass Ressourcenfragen über die Propaganda der leeren Kassen sowie Voll- und Teilprivatisierungen einer politischen Beeinflussung entzogen und demokratische Entscheidungsprozesse ausgehebelt werden.

Daten werden erhoben und global zusammengeführt:

Was haben die Begriffe Effizienz und Qualität im Kontext der Aufrechterhaltung eines Regimes sozialer Ungleichheit eigentlich zu bedeuten? Es wird nicht nach sozialen oder demokratischen Gepflogenheiten gesteuert.

Die Schlagworte „Qualität und Effizienz“ sind einseitige Steuerungswünsche von oben, die zwar in ihrer technischen Durchführung an die Subjektivität von unten anschließen sollen und von daher eine gewisse Attraktivität besitzen können – wer hat schon etwas dagegen in effizienter Weise qualitativ hochwertige Arbeitsprodukte zu erzeugen? –

Qualitätsmanagement hat aber nichts mit dem Interesse an wirklich arbeitsfreier Zeit und sozialer Gerechtigkeit der betroffenen ArbeitnehmerInnen zu tun. Effizient wird es für die bertelsmannisierte Behörde besonders dann, wenn Ressourcen der Einrichtungen per Kennziffern-Regime weggekürzt und diese gezwungen sind, sich selbst zu rationalisieren bei Strafe des Untergangs. Die Identifikation mit dem Lebensinteresse der eigenen Firma war schon bei Toyota ein Kernelement und wird auch beim Qualitätsmanagement öffentlicher Einrichtungen wie allgemeinbildenden Schulen zur Obermaxime. Alle wichtigen Stakeholder

(hier also SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern, Verwaltung und Dienstleistung) sind einzubeziehen und in das gemeinsame Qualitätsziel einzubinden.

Die interne Zufriedenheit ist selbst ein Ziel, man stelle sich also die Qualität nicht schlicht als Output-Maximierung vor. „Macht was ihr wollt - Hauptsache das Ergebnis stimmt“ ist die Linie moderner Arbeitsorganisation von Wissensarbeit. Das war im Zeitalter des Fordismus/Taylorismus ganz anders. Nicht zuletzt dies macht es für den Widerstand schwierig, weil der Widerstand sich gegebenenfalls auch gegen das eigene Handeln richtet. Der permanente Prozess der Selbstoptimierung ist was anderes als kleinschrittige Arbeitserlegung. Lerninhalte können andererseits mit Software standardisiert und vermasst, kommerzialisiert und leicht verteilt werden. Insofern ist die Subjektivierung mit einer tendenziellen Entsubjektivierung/Standardisierung über die Produkte verbunden.

Zurzeit wird auch auf der Ebene von Unterricht und Schulorganisation stark individualisiert, d.h. nicht alle lernen das gleiche, sondern je nach Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und –fähigkeit sowie Selbstorganisationsfähigkeit Unterschiedliches. Es gibt kein Zurück zu den früheren rein autoritären Techniken der Kontrolle. Dennoch müssen die entgrenzten und subjektivierten Möglichkeiten institutionell eingebunden werden. So gesehen wird Qualitätsmanagement neue Instrumente der Disziplinartechnik je nach „Kunden“ entwickeln, indem strukturiert erfasst, dann evaluiert und berichtet und fallweise von der Eigenständigkeit her die „best practice“⁵ der Schuldisziplin immer wieder neu herauskristallisiert wird. Die „außerordentlich hilfreichen“ Instrumente „SEIS“ von Bertelsmann, das Q2E aus der Schweiz und weitere TQM-Systeme konkurrieren miteinander, wobei die harte Linie eines internationalen Berichtswesens vor allem von Bertelsmann gefahren wird (Quasars in Kanada)⁶, während die Fachleute der Zunft dafür sind, die Daten bei denen zu lassen, die sie produzieren. Darum dürfte es weitere Auseinandersetzungen geben.

5. Die Bertelsmannisierung der Hochschulen

Vergleichbar mit der Situation an den Schulen wird zur Zeit der neoliberale Umbau an den Hochschulen betrieben. Das Leitbild ist die von Thorsten Bultmann beschriebene „standortgerechte Dienstleistungshochschule“⁷. Die Uni soll weg von ihrer verstaubten Behördenstruktur hin zu einem effizienten und schlanken wirtschaftlichen Betrieb. Im Zuge dessen werden die Hochschulen in ihrer inneren Struktur nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten neu gestaltet. Gleichzeitig verändert sich der Auftrag der Hochschulen. Sie sollen als Dienstleister am Markt auftreten. Einerseits gegenüber den Studierenden, denen sie eine universitäre Ausbildung zur Wertsteigerung der Ware Arbeitskraft verkaufen, andererseits gegenüber der Wirtschaft, der verwertbares Wissen geliefert werden soll. Meist unhinterfragt wird Studieneffizienz eingefordert, damit gemeint ist das schnelle Erreichen eines Abschlusses. Und wenn von Bildung die Rede ist, ist damit selten

⁵ <http://www.olev.de/b/b-p-kriterien.htm>

⁶ Cornelia Stern, Julia Mahlmann, Eric Vaccaro (Hg.) (2004), Spielglein, Spieglein. Schulentwicklung durch internationale Qualitätsvergleiche- erste Erfahrungen. Bertelsmann, 21. Frau Malmann war erst bei Bertelsmann und ist nun beim Bremer Bildungssenator zuständig für die Vernetzung mit Kultusministerien und das „Projekt Innovation und Qualitätsentwicklung“ (PIQUE)

⁷ <http://www.asta.uni-konstanz.de/cms/upload/pdf/DienstleistungsHS97.pdf>

eine „Veränderung des Selbst- und Weltverhältnisses“⁸ gemeint, sondern fachliche Qualifikation

Zentraler Antrieb in dieser Entwicklung ist das 1994 gegründete Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Es ist eine gemeinsame Institution der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und der Bertelsmannstiftung, wobei die HRK vor allem die Legitimität und die Bertelsmannstiftung das Geld zusteuert. Mit der Behauptung, zu wissen woran das deutsche Hochschulwesen kranke und wie es zu kurieren sei, entwickelt das CHE Konzepte, Strategien und Gutachten zu allen möglichen Fragen, die Hochschulen betreffen und treibt damit Ministerien, Hochschulleitungen und andere Entscheidungsträger vor sich her. Die Strategie des CHE besteht darin, durch eine ungeheuer große Anzahl an Publikationen und durch die Beteiligung an etlichen hochschulpolitischen Versuchen und Projekten die Rolle uneingeschränkter Meinungsführerschaft in Sachen Hochschule zu übernehmen. Diese Strategie hat dem CHE den Ruf eingebracht, das heimliche Bildungsministerium zu sein. Inhaltlich vertritt es dabei einen kompromisslosen Neoliberalismus, der in harmlose Worthülsen verpackt wird.

5.1. Konkurrenz

Heutige Hochschulpolitik geht davon aus, dass sich Hochschulen am effektivsten durch Marktmechanismen steuern lassen. Dabei ist das politische Ziel noch nicht die Privatisierung von Hochschulen, sondern sie wie Wirtschaftsbetriebe funktionieren zu lassen. Dazu müssen sie zunächst in Wettbewerb zueinander gesetzt werden. Dieses in Wettbewerb setzen findet zurzeit auf allen Ebenen statt. Nationale Bildungssysteme werden international verglichen, um Veränderungsdruck auf einzelne Hochschulen aufzubauen. In Deutschland kämpfen die einzelnen Hochschulen um die Anerkennung als "Exzellenzuni" im Rahmen des Wettbewerbs um Forschungsmittel des Bundes. Gleichzeitig müssen sie in diversen Hochschulrankings um die Gunst der StudentInnen werben.⁹

Fakultäten werden heute vor allem dadurch in Konkurrenz gesetzt, dass sie im Rahmen der neu gewonnenen Hochschulautonomie um die interne Verteilung der Finanzen konkurrieren, die der Uni im Rahmen eines Globalhaushaltes zugewiesen werden. Die Finanzmittel werden nicht mehr durch einen Haushaltsplan verteilt. Stattdessen bekommt jeder Fachbereich eine Grundfinanzierung die für den laufenden Betrieb nicht ausreicht. Weitere Mittel werden erst beim Erreichen bestimmter Kennziffern verteilt. Beispiele für die Vergabe von Kennziffern sind: eingeworbene Drittmittel, Anzahl der AbsolventInnen, Studienzeit, Anzahl der Publikationen, Geschlechterquote.¹⁰

Darüber hinaus werden alle möglichen Steuerungsinstrumente aus der Betriebswirtschaft auf die Hochschulen losgelassen. Von Zielvereinbarungen,

⁸ ??

⁹ beispielsweise das CHE Hochschulrankig, heraus gegeben vom CHE und der Zeit

¹⁰ siehe auch: "Globalhaushalte an Hochschulen in Deutschland - Entwicklungsstand und Empfehlungen "

unter: <http://www.che.de/downloads/AP32.pdf>

Kontraktmanagement, Selbst- und Fremd-Evaluationen bis zur leistungsorientierten Besoldung für ProfessorInnen. Dadurch wird ein massiver Druck einerseits zur permanenten Innovation, andererseits zur Anpassung an die gerade aktuellen Trends ausgeübt.

Die Hochschulen werden verstärkt mit rein privaten Institutionen verzahnt indem sie sich in ein Umfeld von privaten Instituten und Firmen einbetten und mit diesen kooperieren oder bestimmte Bereiche direkt privatisiert werden. Ein Beispiel ist das im Zuge der BA/MA Abschlüsse eingeführte Akkreditierungsverfahren von Studiengängen. Die Zulassung und Überwachung von Studiengängen wird nicht mehr wie bisher durch die zuständigen Ministerien, sondern von privaten Akkreditierungsinstituten durchgeführt.

4.2. Studierende als KundInnen:

Das Verhältnis zwischen Hochschule und Studierenden ändert sich grundsätzlich. Primäres Ziel der Hochschulausbildung ist nicht mehr möglichst vielen Menschen einen Hochschulabschluss zu ermöglichen. Stattdessen tritt die Hochschule dem einzelnen Studierenden als Dienstleisterin gegenüber. Sie verkauft eine Ausbildung. Der/die einzelne Studierende soll bereit sein für diese Dienstleistung zu bezahlen, da sie den Wert seiner/ihrer Arbeitskraft steigert und sich das spätere Einkommen erhöht. Von der Wahl eines Studienfaches und vom Studium selber erwartet der/die einzelne, dass es später einen Gewinn abwirft.

Dieses Leitbild verlangt eine umfangreiche Neustrukturierung der einzelnen Studiengänge. Das vermittelte Wissen muss noch konsequenter als bisher auf wirtschaftliche Verwertbarkeit durch den einzelnen Studierenden ausgerichtet sein. Gleichzeitig muss das Studium insgesamt effizienter und schneller verlaufen und die Inhalte modernisiert werden. Diese Neustrukturierung erfolgte in den letzten Jahren vor allem durch die fast vollständige Abschaffung der Diplom- und Magister-Studiengänge und die gleichzeitige Neukonstruktion von BA-/MA-Studiengängen. Diese Reform der Studienabschlüsse bot somit das ideale Vehikel alle Universitäten und Fachhochschulen auf den neuen Zeitgeist einzuschwören. Nebenbei bietet die neue Struktur allen Studierenden die Möglichkeit ihren Abschluss in der billigen Standard Variante (Bachelor) oder der teuren Premium-Variante (Master) zu machen. Wobei der Zugang zu MA – Studiengängen durch Quoten limitiert wird.

Das zentrale Instrument für die Durchsetzung dieser Logik sind Studiengebühren. Während die zunächst in einigen Bundesländern eingeführten Langzeitstudiengebühren vor allem dafür gesorgt haben, dass all diejenigen, die nicht schnell und effizient studieren, die Uni zu verlassen haben, so zwingen allgemeine Studiengebühren und Bildungskredite zu einem Studium nach einer Renditelogik. Die Studiengebühren in Höhe von 500€ pro Semester werden viele Studierende über spezielle Bildungskredite finanzieren müssen. Zusammen mit den ebenfalls auflaufenden BAFöG Schulden ergibt sich ein Schuldenberg von mehreren zehntausend Euro am Ende des Studiums. Die Entscheidung ein Studium aufzunehmen kann also nur getroffen werden, wenn am Ende ein Job winkt, der einen sehr guten Lohn verspricht. Studieren wird zum unternehmerischen Risiko.

Aus der Tatsache, dass ein Großteil der Studierenden bereit ist, Studiengebühren zu bezahlen, weil sie glauben, dass dabei die viel beschworene Verbesserung und Effektivierung des Studiums heraus kommt zeigt, wie tief diese Logik schon in den Köpfen ist.

Damit dies alles funktioniert, müssen die Unis um die besten Studierenden konkurrieren und die Studierenden um den besten Studienplatz. Folgerichtig ist die zentrale Studienplatzvergabe abgeschafft worden. Darüber, wer einen Studienplatz bekommt, entscheidet nun allein die Hochschule. Gleichzeitig wird der/die Studierende durch Hochschulrankings in die Lage versetzt die bundesweit beste, und das meint ökonomisch effizienteste, Uni zu finden.

In der Uni wird nicht nur verwertbares Wissen vermittelt, sondern es werden auch die Arbeitsbedingungen und Zwänge der heutigen Berufswelt simuliert – nicht zuletzt indem die neuen Studiengänge explizit ausgerichtet sind am Zeitumfang einer Arbeitswoche von 38,5 Stunden – zuzüglich Überstunden. In Verbindung mit dem enorm straff gestalteten Studienverlauf ergibt sich ein massiver Druck unter dem es keine Möglichkeit gibt nach rechts oder links über den Tellerrand hinaus zu schauen.

6. Exkurs Gesundheitswesen

Eines der wichtigsten Felder von Sozialabbau in den letzten Jahren sind die Gesundheitsreformen, die auf Kostensenkung im Gesundheitssystem abzielen. Auch hier liegt einer der Schwerpunkte der Bertelsmann-Stiftung mit ihrem von Brigitte Mohn geleitetem Bereich "Gesundheit". Die Aktivitäten der Stiftung darin sind vielfältig, und es besteht eine umfassende Verflechtung mit und Einflussnahme in die Politik. Dies geschieht u.a. durch Publikationen der Bertelsmann-Stiftung wie die Zeitschrift "Gesundheitsmonitor", durch den von der Stiftung verliehenen Deutschen Präventionspreis und durch das in public-private partnership zwischen der Bertelsmann-Stiftung und der Universität Münster betriebene CKM (Centrum für Klinikmanagement), und nicht zuletzt durch persönliche Kontakte und Verflechtungen: so ist Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt auch als Schirmherrin des Deutschen Präventionspreises tätig.

Derweil findet eine flächendeckende Privatisierung und Ökonomisierung von Krankenhäusern statt, die ehemals von den Ländern und Gemeinden getragen wurden. Um die Voraussetzungen für einen profitablen Betrieb von Kliniken durch private Investoren zu schaffen, bedarf es einiger Änderungen am bisherigen System. Auch hier leisten die Gesundheitsreformen einen wesentlichen Beitrag. Insbesondere durch das neu eingeführte Fallpauschalensystem, auch als DRG (Diagnosis Related Groups) bekannt. Wurden bisher die bei der Krankenkasse abzurechnenden Leistungen je nach Krankheitsverlauf bestimmt, so wird nach dem neuen System präzise normiert, was eine stationäre Behandlung bei einer bestimmten Diagnose kosten darf. Grundlage der Abrechnung ist die gestellte Diagnose, für die jeweils Festbeträge erstattet werden. Viele FachärztInnen befürchten, dass durch die Normierung von Behandlungen nicht allen PatientInnen, die für sie individuell angemessene Behandlung kostendeckend abgerechnet werden kann. Gerade bei Krankheiten, bei denen die PatientInnen individuell sehr unterschiedlich auf Therapien ansprechen, und bei schweren Krankheitsverläufen, werden Behandlungsspielräume eingeschränkt.

Für betriebswirtschaftliche Optimierung besteht dagegen mehr Spielraum als je zuvor. Die Klinik, die imstande ist, ihre PatientInnen billiger als die Fallpauschale zu behandeln, kann den Differenzbetrag als Gewinn einstreichen

Ein Beispiel für eine Klinik-Privatisierung soll kurz illustriert werden am vielleicht prominentesten Fall der letzten Jahre: der Universitätsklinik Marburg/Gießen. 2005 wurden die ehemals eigenständigen Universitätskliniken Marburg und Gießen fusioniert, und in einem Bieterverfahren 2006 an den Klinik-Konzern Rhön AG verkauft. Bereits in den Jahren zuvor hatte die Landesregierung beide Kliniken aufgefordert, ihre betriebswirtschaftliche Rentabilität zu verbessern, was u.a. durch massiven Personalabbau, vor allem im Pflegebereich, erreicht wurde. Fusion und Verkauf der beiden Kliniken waren alles andere als populär. Nahezu alle Gruppen von Beschäftigten von ÄrztInnen über Pflegepersonal, Verwaltung, Küchen- sowie Reinigungskräfte und andere erwarteten Nachteile. Trotzdem kam ein gemeinsamer Widerstand kaum zustande, da eine Solidarisierung der verschiedenen Gruppen in den Kliniken nicht stattfand.

Dieses Projekt wurde von der Landesregierung Roland Koch mit großem Ehrgeiz vorangetrieben. Für den privaten Betrieb der ehemaligen Universitätskliniken und den Transformationsprozess musste ein umfassendes Konzept entwickelt werden, das einige Fragen zu beantworten hatte. Beispielsweise: Was sollte mit Forschung und Lehre geschehen, die zu den Kernaufgaben der Kliniken gehören? Zur Strategieentwicklung holte sich Roland Koch einen Experten: Prof. von Eiff, den Leiter des CKM der Bertelsmann-Stiftung.

Im Bieterverfahren, das von der Landesregierung durchgeführt wurde, erhielt schließlich die Rhön AG den Zuschlag. Der Ablauf des Bieterverfahrens wurde unter strenger Geheimhaltung durchgeführt. Auch der Inhalt des zwischen Land und Rhön AG abgeschlossenen Vertrages wird streng geheim gehalten. Interessant in diesem Zusammenhang ist immerhin, dass Brigitte Mohn, Leiterin des Bereiches "Gesundheit" der Bertelsmann-Stiftung, auch als Aufsichtsratsmitglied der Rhön AG tätig ist.

Was die Zukunft für die privatisierte Klinik bringen wird, ist bereits in groben Zügen absehbar. Zwar hat sich der Konzern vertraglich zu einer Sozialklausel verpflichtet, die betriebsbedingte Kündigungen bis 2010 ausschließt. Nichtsdestotrotz ist ein Abbau von 1500 Stellen (von 9500) in den nächsten Jahren angekündigt – auf welchem Wege dies geschehen wird, und welche Beschäftigten dies wann treffen wird, steht noch nicht in allen Fällen fest, aber an der Durchführbarkeit trotz Sozialklausel ist zu befürchten. Forschung und Lehre werden weiterhin vom Land finanziert, der Konzern betreibt nur die profitable Versorgung. Die gesamte Klinik wird auf eine konsequent betriebswirtschaftliche Ausrichtung hin umgebaut. Arbeitsabläufe werden auf Zeitersparnis hin optimiert. Die Universitätsklinik wird in das Netzwerk der Rhön Kliniken integriert, so dass im Rahmen der "integrierten Versorgung" eine umfassende medizinische Versorgung aus der Hand eines Konzerns und seiner Kooperationspartner angeboten werden kann – regionale Monopolbildungen sind zu erwarten.

Literatur:

Gehrke, Dirk: Rhön kriegt's, in: verdi: infodienst Krankenhäuser Nr. 32, Juni 2006

Gehrke, Dirk: Privatisierte Uniklinken, in: verdi: infodienst Krankenhäuser Nr. 33, Juni 2006

Werle: Nach der Reform ist vor der Reform, Wie die Bertelsmann-Stiftung die Ökonomisierung des Gesundheitswesens vorantreibt..., in: ?????????????? (Hg.): Zwischen Bertelsmann und uns einen klaren Trennungsstrich ziehen. Bertelsmann ist ein Papiertiger, Hamburg 2007.

7. Widerstandsmöglichkeiten:

Über Privatisierung als generelle Strategie des Kapitals im Bildungswesen gibt es zahlreiche aufschlussreiche Arbeiten.¹¹ Der Widerstand gegen Privatisierung und soziale Hierarchisierung über Studiengebühren beschränkt sich nicht auf deutsche Universitäten, sie ist ein globales Anliegen und zeigt sich aktuell in den Kämpfen der Schülerschaft in Chile wie auch den Kämpfen der jungen Leute in Frankreich. In Bremen und Hamburg wurde die Privatisierung des Berufsschulwesens vorläufig abgewehrt, dafür sind allerdings Privat-Universitäten und neue Privatschulen entstanden und geplant. Wichtig scheint uns die Frage, ob und wie sich der Widerstand gegen Privatisierung und Studiengebühren mit dem Widerstand gegen das „Rationalisierungspaket TQM“ und die allgemeine Finanzpolitik verbinden wird.

Ausflug in die Vorgeschichte: In Kanada gibt es eine Vorzeigeschulbehörde Bertelsmanns im Staat Ontario. An eine der dortigen Schulbehörden (Durham) wurde 1996 der Carl-Bertelsmann-Preis für erfolgreiche Transformation in ein neoliberales Qualitätsmanagement verliehen: „Innovative Schulsysteme im internationalen Vergleich“. Jedoch ein Jahr später fand eben dort der größte Streik von 128.000 LehrerInnen statt, den Nordamerika je gesehen hat.

Qualitätsmanagement proletarisiert die ihr unterworfenen WissensarbeiterInnen, also auch LehrerInnen und selbst ProfessorInnen, sowohl von der Arbeitsorganisation her, die nunmehr sich nach kapitalistischen Effizienzkriterien richtet, als auch vom Arbeitsmarkt her, da der Beamtenstatus der Lehrenden sich allmählich dem Ende zuneigt und sie sich massenhaft in die Schicht der Prekarisierten werden einreihen müssen.

Widerstand gegen Privatisierung oder gegen Studiengebühren hat ein klares Ziel, es gibt eine größere Gruppe von Betroffenen, die sich gegen Verschlechterungen ihrer Situation organisieren und gemeinsam eine Abwehrstrategie verfolgen. Anders sieht es bei subtileren Formen der Transformation aus bzw. bei der Organisation von Widerstand gegen Veränderungen, die zugleich tatsächlich attraktive Aspekte haben, die beispielsweise Selbstverwirklichung, Entbürokratisierung oder die Ausschaltung von formalen Hierarchien versprechen. Die Identifikation mit den Zwecken der Arbeit erschwert die Herausbildung eines widerständigen Bewusstseins sehr, da die Kreativität der Arbeitenden in den Dienst der Umgestaltung ihrer eigenen Arbeitsverhältnisse gestellt wird. Die Beschäftigten sind mit ihren Kompetenzen selbst daran beteiligt, die neuen Bedingungen zu gestalten, unter denen die Kontrolle und der Druck verstärkt werden, denen sie selbst unterworfen sind. Als Planende, Verwaltende, Forschende, Überwachende, Lehrende entwickeln sie neue Methoden der Kontrolle, führen sie ein und übernehmen Verantwortung dafür, Widerstände zu überwinden. Begriffe wie Selbstbestimmung, Selbstentfaltung, Autonomie, die einstmals eine emanzipative Bedeutung hatten, werden in den neuen Arbeitsverhältnissen neu gedeutet, und zum Teil einer Maschinerie gemacht, die auf effektivere Kontrolle abzielt.

In der Bereitschaft oder Verweigerung sich Zwängen per Identifikation unterzuordnen und sich fremde Interessen zu eigenen zu machen, liegen Momente von persönlicher Entscheidung.

¹¹ www.anti-bertelsmann.de

Die Bertelsmannprojekte, die ohne demokratische Legitimation, sondern mittels privaten Kapitals stets von WissenschaftlerInnen entwickelt und begleitet werden, sind hochgradig anpassungsfähig an lokale Bedingungen und Befindlichkeiten. Sie werden von eng verzahnten Netzwerken einflussreicher Vertreter öffentlicher und privater Institutionen durchgesetzt und verdrängen dabei politische Einflussnahme.

Die Durchsetzungsstrategien bedienen sich gerade nicht der direkten Repression oder Auspressung von Leistung, sondern setzen darauf, dass Effizienzsteigerung, Entbürokratisierung, Autonomie und Qualität als konsensfähige Interessen von allen Beteiligten angenommen werden und in Selbstaktivierung resultieren. Die vielfältigen Maßnahmen mit denen ArbeitnehmerInnen, Studierende, SchülerInnen und Erwerbslose in (Selbst-)Evaluation, Selbstaktivierung und Selbstverausgabung verstrickt werden, haben in der Regel sehr attraktive Aspekte. Das dabei die Aneignung fremder Interessen als eigene und damit faktischer Selbstverlust der Betroffenen durchgesetzt werden, ist nicht immer offensichtlich.

Neben der Organisation von Widerstand in Bündnissen gegen konkrete Maßnahmen werden auch individuelle Strategien nötig sein. Wir gehen davon aus, dass die Analyse der Situation noch längst nicht abgeschlossen ist. Eine Verständigung und Aufklärung über Mechanismen und eine breite Auseinandersetzung über die vielfältigen persönlichen Verstrickungen in Prozesse der Selbstaktivierung ist dringend erforderlich, um entsprechenden Widerstand zu organisieren. Es bedarf eines Gegenwissens, dass die Logik der Verzahnung von Herrschaft und Subjektivierung entlarvt und ein gesellschaftliches Selbstbewusstsein entstehen lässt, das eigene Interessen radikal vertritt.

Wir sollten uns die Gestaltung der Bildung nicht von den Bertelsmännern und -frauen aus der Hand nehmen lassen. Es steht an, dass Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Eltern, LehrerInnen und HochschullehrerInnen einen Austausch initiieren, der sich mit der Frage beschäftigt: Welche Bildung wollen wir?

Wir sollten durchsetzen, das jeweilige Schulentwicklungsprogramm nach eigenen Kriterien zu entwerfen, nicht nach vorgegebenen. Schulinterne Daten sollten ebenfalls entlang eigener Kriterien erhoben und schulintern für die selbstverantwortliche Verbesserung des Unterrichts und des Schule verwendet werden. Und die meisten Daten, die erhoben werden, sind heute überflüssig, weil sie als Erfahrungswissen bei den Beteiligten vorhanden sind. Schulentwicklung braucht schulinterne Kommunikation und ggf. wissenschaftliche Begleitung, aber kaum Datenerhebungen. Die Daten von SEIS sind bei Bertelsmann kaum in guten Händen.

Wir sollten für das Recht auf weltweit unentgeltliche Bildung kämpfen, für Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen, für gleichen Lohn bei allen Lehrtätigkeiten und für ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung der Kindergärten, Schulen und Hochschulen.